

# AStA

# Zeitung

6.6.88

# Nr. 6

Herausgegeben von der Studentenschaft der THD



## Wohnungspolitik

Coburger Convent

ISDN — Risiken und Gefahren

Veranstaltungsreihe der Fachschaft

Chemie

Strahlende Geschäfte

Vom sozialen Wohnungsbau zum Subventionsdschungel

# Termine

MO. 6.6.

20.h Köhlersaal : Film: "Wir kämpfen um unser Leben"

21.30 Goldene Krone: The toasted Monster Welfare (Trash-Pop)

19.h u. 21.h : Am großen Weg von J-L. Hubert  
Kom. Kino Weiterst.

DI. 7.6.

20.30 Halb-Neun-Th.: Liedermacher M. Noll u.  
J.Reinhardt und Kabarett

MI. 8.6.

18.15 Raum 47/053 : E.U. von Weizsäcker:  
(Keller Audi-Max) Umwelt und Politik

18.h Architektur- : Peter Conradi, Bonn:  
Hörsaal Architektur u. Politik

20.30 Steinbruchth.: Uriah Heep, Amazone  
(Mühltal 1)

21.h Schloßkeller : Theater "Chawwerusch"

DO. 9.6.

20.h Kennedy-Haus : Film "Annie Hall" von  
(Rhein/Kasinostr.) Woody Allen

20.h Audi Max : Stud. Filmkr.: "Spalt-  
prozesse"

20.h AStA-EFH : Carlman Yaron (hebr. Uni  
Zweifalltorweg 12 Jerusalem): "Schritte der  
israel.-arab. Verständigung"

FR. 10.6.

21.h Schloßkeller : Bluesexpress

SA. 11.6.

21.h Schloßkeller : Fest der Schwulengruppe, mit  
Kabarett "Anale Grande"

SO. 12.6.

10.30 Hessisches : Ausstellungsführung  
Landesmuseum "fifty - fifty"

19.h u. 21.h : Verbotene Spiele von  
Kom. Kino Weiterst. René Clément

21.30 Goldene Krone: Les Maniacs

MO. 13.6.

20.h Köhlersaal : Film "Die Wollands"

21.h Schloßkeller : Frauenfest vom Frauenzentrum  
Pallaswiesenstr.

19.h u. 21.h : Verbotene Spiele von  
Kom. Kino Weiterst. René Clément

DI. 14.6.

20.h Audi Max : SFK und Schwulengruppe:  
Film "westler"

20.h Raum 11/10 : Diskussion, Information:  
(Altes Hauptgeb.) "Bafög-Modelle" Juso-HSG

MI. 15.6.

18.h Architektur- : J. Sawade, Berlin:  
Hörsaal "Großstadtarchitektur"

20.h Hörsaal im : E.U. von Weizsäcker: Wie  
Schloß gestalten wir die Zukunft  
der Technik?

DO. 16.6.

21.30 Goldene Krone: "The Kitsch", Rock-Pop

FR. 17.6.

21.h Schloßkeller : Film "Ein Mann auf dem Draht-  
seil"

SA. 18.6.

21.h Schloßkeller : Heiner Herchenröder,  
Jazz-Rock Improvisationen

SO. 19.6.

20.30 Halb-Neun-Th.: Oisín, traditional Irish  
Music

18.30 u. 21.h : Jim Jarmusch: "Down by Law"  
Kom. Kino Weiterst.

VERANSTALTUNGEN  
GEGEN  
WILSONS

INHALT:

Seite 2:

Inhalt, Veranstaltungen

Seite 3:

Vorwort

Seite 4:

Leserbrief

Seite 5:

Anmerkungen der Redaktion  
zur AStA-Zeitung Nr. 5,  
Rechtsextremismus

Seite 6:

Coburger Convent, die  
Burschenschaften treffen  
sich

Seite 8:

Strahlende Geschäfte

Seite 10:

Wohnungspolitik

Seite 11:

Vom sozialen Wohnungsbau  
zum Subventionsdschungel

Seite 13:

ISDN, Risiken und Gefahren

Seite 14:

Veranstaltungsreihe der  
Fachschaft Chemie

Impressum:

Redaktion und V.i.S.d.P.  
AStA der THD. Auflage 1250 Ex.  
Erscheint alle 14 Tage während  
des Semesters.

Die AStA Zeitung ist Mitgl. d.  
Jungen Presse Hessen. Namentlich  
nicht gekennzeichnete Artikel  
geben die Meinung der Redaktion  
wieder.

Druck: AStA-Druckerei

# Vorwort

Auf Seite drei wieder das obligatorisch-übliche Vorwort: Große Freude in der Redaktion - ein Leserbrief, ein Leserbrief! Nachzulesen auf Seite vier +++ Und weil wir uns über diesen historischen Moment so freuen, haben wir auch noch gleich ein paar Statements nachgeschoben zu LeserInnenbriefen im allgemeinen und zu diesem im besonderen. Auf Seite fünf +++ Ort: Coburg, Zeit: Pfingsten 1988, Anlaß: Coburger Convent. Während die Korporierten unbehelligt "Deutschland, Deutschland über alles" singen dürfen, werden GegendemonstrantInnen niedergeknüppelt. Bericht ab Seite sechs +++ Im TH-Institut für Bodenmechanik, Grundbau und Felsmechanik erstellen ein Professor und sein Mitarbeiter Gutachten über Gesteinsproben aus Gorleben, und dies als gutbezahlte Nebentätigkeit. Die Kompetenz der beiden für solche Gutachten wird vehement in Zweifel gezogen. "Strahlende Geschäfte" in Darmstadt? Seite acht +++ Mit den grundlegenden Mängeln der aktuellen Wohnungspolitik beschäftigt sich der Beitrag auf Seite zehn +++ Und über den Ursprung der Wohnungsmisere, "Vom sozialen Wohnungsbau zum Subventionsdschungel", geht's weiter auf Seite neun +++ Am 31. März fand sie vor über 100 ZuhörerInnen statt: die große ISDN-Podiumsdiskussion. Eine Nachlese "ISDN - Risiken und Gefahren" auf Seite dreizehn +++ Abschließend: eine Ankündigung über die Veranstaltungsreihe der Fachschaft Chemie. Auf Seite vierzehn +++ Und weil das auch schon die Rückseite war, wünscht jetzt viel Spaß beim Lesen

die Redaktion.



# Leserbrief

Leserbrief zum Beitrag: "Burschenschaften: Gut organisierte Männer WG's oder rechtsextreme Verbindungen?"

aus der letzten Asta-Zeitung vom 24.5.88

AStA: Schlecht informierte Studentenvertretung oder plumpe Stimmungsmacher?

Auf die Dauer wird es lästig, jedes Semester erneut auf genau dieselben alten, undifferenzierten Vorwürfe reagieren zu müssen. Besonders ärgerlich ist es, daß der Asta diesen merkwürdigen Beitrag nicht einmal selbst verfaßt hat, sondern ihn gedankenlos, ohne jegliche Prüfung auf Wahrheit, aus einer fremden Asta-Zeitung übernommen hat. Gerade für Studenten die den Anspruch erheben, die ganze Studentenschaft zu vertreten, ist diese Art der dilettantischen Recherche völlig unwürdig.

Eigentlich wissen wir gar nicht, wo wir anfangen sollen, diesen Wust von Verblendungen und Diffamierungen zu durchbrechen. Einfacher ist es, die wenigen richtigen Punkte des Artikels lobend zu erwähnen:

1. Es gibt Studentenverbindungen in Darmstadt.
2. In den Verbindungen gibt es Füxe, Burschen und Alte Herren.

Das ist aber auch schon alles! Der Rest läßt sich reduzieren auf den pauschalen Vorwurf der antidemokratischen, rechtsextremistischen, faschistischen Grundhaltung und hierarchischer, quasi militärischer Organisationsform. Dieses alles trifft aber nicht zu!

Verbindungen stehen mit beiden Beinen fest auf dem Boden des Grundgesetzes, wo man bei hochschulpolitischen Gruppen doch manchmal so seine

Zweifel hat.

Bei den Studentenverbindungen gibt es drei Grundprinzipien: das Conventsprinzip, das Toleranzprinzip und das Lebensbundprinzip. Auf den wöchentlichen Conventen (Mitgliederversammlungen) regeln Studenten und Alte Herren gemeinsam mit gleichem Stimm- und Rederecht basisdemokratisch das Bundesleben. Es sind Studenten unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen und verschiedener Meinungen vertreten. Das Verbindungsleben muß deshalb auf Toleranz aufgebaut sein. Während der gemeinsamen Studienzzeit bilden sich Freundschaften, die natürlich am Studienende nicht aufgegeben werden.

Mit diesem notwendigen Grundwissen sollte jeder seine Haltung zum Korporationslebensleben überprüfen und wenn nötig neu bewerten.

Wenn Ihr Euch persönlich ein objektives Bild von Verbindungen machen wollt, seid Ihr herzlich zum Stammtisch der Darmstädter Korporationen am Donnerstag, den 9. Juni auf dem Merovingerhaus im Alexandraweg 1 eingeladen. Wir hoffen sehr, an diesem Abend auch Vertreter der Asta auf unserem Haus begrüßen zu können.

Dirk Nafziger  
Ulrich Jung  
Andreas Trebing

Mitglieder der  
Turnerschaft Merovingia

(Nochmal der Termin: 9. Juni, 20. h  
Alexandraweg 1; die Red.)

## Stellungnahme der Redaktion

Den Vorwurf "schlecht informiert" zu sein und "plumpe Stimmungsmache" zu betreiben können wir natürlich nicht auf uns sitzen lassen.

Erstmal ein paar Worte zum Leserbrief: "Auf dem wöchentlichen Convent...regeln Studenten und Alte Herren gemeinsam mit gleichem Stimm- und Rederecht basisde-

mokratisch das Bundesleben". Uns sind Satzungen aus Burschenschaften bekannt, in denen die Alten Herren Entscheidungsrecht in allen nicht einstimmigen Abstimmungsfragen haben (Burschenschaft Allemannia, MR.). Basisdemokratie? Und wenn schon: Frauen haben in Burschenschaften nichts zu suchen, Kriegsdienstverweigerer können nie Mitglieder einer

Burschenschaft werden, denn "wer sich zu unserem Wahlspruch 'Ehre, Freiheit, Vaterland' bekennt, der hat sich für die Wehrhaftigkeit entschieden.(^)" in den Burschenschaften sind also nach Meinung der Leserbriefschreiber "unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen und verschiedener Meinungen vertreten", Wie "unterschiedlich und verschieden" kann sich ja wohl jede/r denken.

Wenn jetzt eine Burschenschaft behauptet, "basisdemokratisch" zu sein, dann aber bitte Satzung auf den Tisch. Sonst ist es keine "dilletantische Recherche", sich auf die Satzungen zu beziehen, die bekannt sind.

Und die Studentenverbindungen, die nicht klar von den rechtsextremistischen Burschenschaften abrücken (unseres Wissens ein höchst seltener Vorgang) und aus den bundesweiten Zusammenschlüssen zurücktreten sollten auch besser nicht so vollmundig sagen "mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen. Auf dem diesjährigen Treffen der Burschenschaften in Coburg wurde ja mal wieder "Deutschland, Deutschland über alles" gesungen, ein Frauenbild äußerte sich, daß den Stempel rechtsradikal nicht zu unrecht trägt. In den bundesweiten Zusammenschlüssen gibt es Burschenschaften, die ganz eindeutig im rechtsradikalen Netz eingewoben sind.

Selbst in der CSU war kein Platz für Schönhuber, Die Burschenschaften dulden immer noch Gruppen wie die Germania aus Köln unter sich, deren Aktive in verschiedenen rechtsradikalen Gruppen Bedeutung haben und die auch selber in Verbindung mit RFS, Wikingjugend in Erscheinung getreten ist. Bestimmte Positionen dürfen in Verbänden, die sich als demokratisch bezeichnen, eben keinen Platz haben.

Außerdem: Transparenz und Demokratie gehören ja wohl zusammen. Alle Parteisatzungen werden rechtlich überprüft. Der Unterschied zwischen Interna (in der Tat ist es für einen linken AStA nicht einfach, an sowas ranzukommen) und Öffentlichkeitsarbeit der Verbindungen ist ja sicher nicht ohen Grund so groß.

Zurück zum Leserbrief: Den "pauschalen" Vorwurf der "...faschistischen Grundhaltung" haben wir in unserem Artikel niemanden gemacht. Aber daß wir von "hierarchischen Strukturen" sprechen hat ja seine berechtigung. Die Ähnlich-

keit zum Militär ist ja wohl auch im Artikel "Burschenschaften, gut organisierte Männer WGs oder rechtsradikale Verbindungen?" in der AStA-Zeitung Nr.5 gut belegt.

Das schließt natürlich nicht aus, daß einzelne Verbindungen in diesem oder jenem Punkt anders verhalten, aber in Hinblick auf die organisatorischen Zusammenhänge, ist es an diesen Gruppen, sich in der Öffentlichkeit zu erklären.

Mindestens eine ebenso zentrale Rolle im o.g. Artikel aus der AStA-Zeitung Nr. 5 wie das Benennen von rechts-extremen Gedankengut, war das Charakterisieren von Organisations- und Umgangsformen.. Die Organisation der Fuxenzeit, die Art der "Einbindung" der Alten Herren, Saufriten sind sämtlich Ausdruck von autoritätshörigem Verhalten, nicht an sich rechtsextremistisch aber ein optimaler Nährboden.

Wir können in dieser Stellungnahme nicht alle Argumente aufzählen, die den o.g. Artikel noch zusätzlich bestätigen. Die AStA-Zeitung Nr. 5 (Nie wieder Faschismus) ist aber in den AStA Büros noch zu haben. Wir empfehlen in Hinblick auf diese Diskussion die Artikel "Burschenschaften im 3. Reich" und "Burschenschaften, gut organisierte Männer WGs..." außerdem den Artikel über den Coburger Convent in dieser Zeitung. Wer einen Blick in Veröffentlichungen von Studentenverbindungen werfen will, kann dies auch gerne im AStA tun.

(^): Handbuch der Deutschen Burschenschaft

Jochen Wendeler  
Andreas Zeller

Anläßlich dieses Leserbriefes sagen wir nocheinmal, daß wir immer bereit sind, LeserInnenbriefe zu jedem Thema auch zu drucken. Wir freuen uns über LeserInnenbriefe und jede andere Rückmeldung, sind also auch immer bereit, die Artikel zu diskutieren. (Die Redaktion)

# Coburger Convent

Korporierte unter dem Schutz von Bundesgrenzschutz und der bay. Sondereinheit "Unterstützungskommandos" (USK)

Pfingsten 1988 in Coburg. Die oberfränkische Stadt lag im strahlenden Sonnenschein. Die Fahnen des Coburger Convents, dem jährlichen Pfingsttreffen der schlagenden studentischen Turnerschaften und Landsmannschaften, flatterten überall in der Stadt. Der historische Marktplatz war geschmückt und mit Bratwurstgeruch erfüllt.

Über 4000 Korporierte - "alte Herren" und aktive Burschen - von 98 Landsmannschaften und Turnerschaften aus 35 Hochschulstädten der BRD und Westberlin ergänzten das farbenprächtige Bild mit bunten Mützen und Chargierten in vollem Wicks.

Die "Alte Burschenherrlichkeit" treibt neue Blüten in alter Atmosphäre.

Das Mitgliedertief aller Korporationen der 70er Jahre konnte auch der Coburger Convent überwinden und nahm feierlich eine neugegründete Turnerschaft aus Kaiserslautern und eine Anfang der 70er Jahre aus dem Convent ausgetretene Turnerschaft aus Trier in die Conventsreihen auf.

Die verschlafene Stadt Coburg wird durch den Coburger Convent zur Kongreßstadt aufgewertet und daher ließ es sich weder der Oberbürgermeister noch Vertreter der Stadtratsfraktionen von CSU und SPD nehmen, am Festkommers des Convents teilzunehmen (die SPD hob ihren 1954 gefaßten Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber Korporierten während der "Großen Koalition" 1967 auf). Auch sind die Kontakte des Coburger Convents zu den anderen schlagenden Korporationen ausgezeichnet. So konnten auf dem Festkommers auch herzlichst Vertreter der Deutschen Burschenschaften (DB), der beiden Corpsdachverbände Weinheimer-Senioren-Convents-Verband (WSC) und Kösener-Senioren-Convents-Verband (KSCV) und schlagender Verbindungen aus Österreich und der Schweiz begrüßt werden.

Am Festkommers nahmen außerdem Vertreter der örtlichen Polizei und des Bundesgrenzschutzes teil. Zumal die grünen Uniformen des BGS mit schwarzen Gummiknäppeln und der "Unterstützungskommandos", eine im November

1987 neu aufgestellte Sondereinheit in Bayern, mit braunen Holzknüppeln das bunte Bild in Coburg farblich ergänzten. Hier lief nicht nur das Bayerische Fernsehen mit Filmkameras und die Presse mit Fotoapparaten herum. Zwei fest installierte Kameras auf dem Marktplatz und drei tragbare Kameras des Bundesgrenzschutzes sowie zahllose Foto"reporter" von BGS und Kripo Coburg sind ständig im Einsatz. Aber nicht die Korporierten sind die ausgesuchten Motive, sondern Teilnehmer einer Demonstration gegen den Coburger Convent.



Die Initiative gegen den Coburger Convent, die seit drei Jahren besteht und sich aus Coburger Bürgern, politischen Organisationen (GAL Forchheim, Jusos Coburg und Bamberg) und Studenten zusammensetzt, wollten es auch dieses Jahr nicht hinnehmen, daß die schlagenden Landsmannschaften und Turnerschaften ihre Rituale mit Totenehrung für die in den Weltkriegten krepiereten Studenten - bei ihnen heißt es natürlich "den Heldentod für das Vaterland Gefallenen" - und die mitternächtlige "Hahnstunde" mit Fackelzug und "Mahnrede" für die Einheit Deutschlands abhalten. In welchen Grenzen sie sich Deutschland vorstellen, wird aus dem Absingen aller drei Strophen des

"Deutschlandliedes" deutlich: "Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt. Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt". Auch fallen die Korporierten durch ihr enorm "elitäres" Verhalten in Coburg auf. Trunkenheit am Steuer und die Belästigungen von Frauen sind Pfingsten in Coburg studentische Kavaliersdelikte. Immerhin wird ja auch eine "Damenrede" von einem Bundesbruder gehalten, "der nicht ohne Ironie über die wichtige Rolle der Herzensdame an der Seite des Mannes plauderte. So erhob 'Mann' schließlich die Gläser und stimmte 'voller Inbrust' zum Wohle der Damens das Lied 'in jedem Glase Wein ...' an (zit. nach "Neue Presse Coburg").

Dagegen wurde allerdings ein Konzert der Initiative gegen den Coburger Convent am Samstag mit der Begründung verboten, daß es zur Vorbereitung von Straftaten dienen könnte. Aber dies blieb nicht das einzige Verbot. Die Stadt Coburg untersagte auch der Demonstrationsleitung am Pfingstmontag die Abschlußkundgebung der Demo - im Gegensatz zu letztem Jahr - auf dem Marktplatz abzuhalten und verweigerte ihnen wieder einen Stromanschluß, so daß nur über Megaphon Reden gehalten werden konnten.

Bereits während der Demonstration wurden drei Demoteilnehmerinnen von der Polizei verhaftet, darunter eine junge Frau, deren einziges Vergehen nach Angaben der Polizei war, daß sie ihr Gesicht ver mummt hätte. Nach Zeugenaussagen hat diese "Vermummung" nur einen kurzen Moment gedauert.

Abends fand dann die "Mahnstunde", der sogenannte Höhepunkt des Coburger Convents statt. Kurz vor Mitternacht erlosch die Beleuchtung auf dem Marktplatz und im gespenstischen Licht der Fackeln der Korporierten wurde die "Mahnrede" zur Einheit Deutschlands gehalten. Dabei warf der Redner der

Bundesregierung und dem Bundestag "eine völlig passive und defensive Position" vor. Ähnliche Angriffe wurden bereits letztes Jahr bei der "Mahnrede" der Deutschen Burschenschaften laut, deren Redner allerdings seine Rede noch mit einem "Heil Deutschland" krönte. In Coburg war aber nicht der ganze Marktplatz in Fackellicht getaucht, da der Grenzschutz die Blöcke der Gegendemonstration mit extra installierten Scheinwerfern ausleuchtete, was das Filmen sicher erleichterte. Ein Teil der GegendemonstrantInnen wurde von BGS und "Unterstützungskommando" eingekesselt und unter Schlagstockeinsatz geteilt. Dabei wurde ein Demonstrant durch einen Holzschlagstock am Kopf verletzt und mußte ärztlich behandelt werden.

Immer wieder wurden einzelne DemonstrantInnen gezieht herausgegriffen abgelichtet und teilweise festgenommen. Insgesamt wurden während der "Mahnstunde" noch 20 Personen auf meistens recht unsanfte Art und Weise festgenommen (Handschellen, Schläge etc.) Als sich eine Demonstrantin über diese Einsatzform beschwerte, bekam sie die zynische Antwort, "wenn Sie das nicht sehen können, gehen Sie doch weiter". Die Verhafteten wurden noch in der selben Nacht frei gelassen. Es werden aber Anzeigen wg. Störung einer Veranstaltung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Mitführen von Feuerwerkskörper etc. ergehen.

Unverhältnismäßige Einsätze sind wir aus Wackersdorf gewohnt, aber anscheinend geht der Bay. Staat zur Zeit gegen jede Form von Widerstand und kritischen Veranstaltungen mit harten Methoden vor. Im oberfränkischen Raum wurden im letzten halben Jahr mehrere politische Veranstaltungen unter Polizeieinsatz verboten. Dieser massive Einsatz des staatlichen "Gewaltmonopols" wurde weder von der Initiative gegen den Coburger Convent erwartet noch steht er in irgendeiner Relation der "zu schützenden" 4000 Korporierten.

**»Mein Freund ist Corps-Student.«**



Also er war mir ja gleich aufgefallen. Da hat mein Herz so richtig hingeschlagen. Ach ja, „schlagend“ ist seine Verbindung. Hört sich finster an, wie? Aber für ihn ist die glatt das Höchste. Wenn man von mir mal ganz absieht. Tja. Wie er zum Corps kam? Na, bestimmt nicht, indem er im Telefonbuch unter „K“ gesucht hat. - Erst sagte er, seine Mütze dürft' ich eigentlich nicht aufhaben. Aber ich finde, man muß fürs Bild schon mal eine Mütze anhaben.

Corps sind fast an jeder Uni. Zwar kann keines von Ihnen jedem das „gute Leben“ versprechen - doch Trübsal ist für sie ein Fremdwort. Seit 180 Jahren. Sie sollten einfach mal ein Corps anrufen, sich verabreden. Oder Sie gehen schnurstracks aufs Corpshaus. Vielleicht interessiert Sie auch die „Studienstärkchen“. Haben Sie an Ihrem Ort kein Fingerglück, dann fragen Sie die



Informationszentrale  
Kobener + Weinheimer Corpsstudenten, Lohstraße 18, 5500 Trier, Tel. (06 51) 2 44 24.  
Die hilft weiter. Am schnellsten, wenn Sie gleich Studienort und -fach nennen.

7

Folgenden Artikel entnahmen wir der "az" (andere zeitung) vom Juni 1988. Wir danken für die freundliche Nachdruckgenehmigung.

## Strahlende Geschäfte

Das Drehbuch für einen schlechten Kriminalfilm im Forschermilieu könnte kaum trivialer sein als die Geschichte des kleinen Instituts für Bodenmechanik, Grundbau und Felsmechanik im Fachbereich 14 der TH Darmstadt: Unerlaubte Nebentätigkeit eines wissenschaftlichen Mitarbeiters, Gutachtertätigkeit für Atommüllagerfirmen in Gorleben und die Ausschaltung jeglicher Diskussion und Kontrolle darüber bestimmen seit Jahren den Alltag dieses Instituts.

Das Institut - Teil des Fachbereichs 14 (Konstruktiver Ingenieurbau) der TH Darmstadt - ist seit langem umstritten. Obwohl der Lehrkörper nur aus zwei Professoren, vier wissenschaftlichen Mitarbeitern und einem Lehrbeauftragten besteht, mußte mit Sondergenehmigung des Kultusministeriums das Institutsdirektorium (Leitung des Instituts) um drei institutsfremde Professoren erweitert werden, um es überhaupt arbeitsfähig zu machen.

Trotzdem oder gerade deshalb konnte sich eine Grauzone von Gutachtertätigkeit, verbotener Nebentätigkeit von einem wissenschaftlichen Mitarbeiter und nichtkontrollierter Arbeit der zum Institut gehörenden Versuchsanstalt entwickeln.

Begonnen hatte das ganze wohl Ende der siebziger Jahre, als das Battelle-Institut zum ersten Mal mit Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur "Überwachung von Salzstöcken während und nach der Einlagerung radioaktiver Abfälle" an das Institut herantrat. Diese Thematik beschäftigt das Institut noch heute, obwohl es seinen "Namen" im Dammbau erworben hat und zur Endlagerungsproblematik radioaktiver Abfälle weder eigene Erfahrungen vorliegen noch Forschungs- und/oder Lehrtätigkeit betrieben wird.

Nichtsdestotrotz wurde wohl in Zielrichtung von potentiellen Auftraggebern derartiger Gutachten der Institutsname um den Bereich Felsmechanik erweitert und es entwickelte sich eine rege Verbindung mit der "Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH" (DBE) und der "Physikalisch-technischen Bundesanstalt".

Dabei geht es um Problemstellungen wie der folgenden: "Ein Endlager für radioaktive Abfallstoffe ist u.a. konstruktiv so auszulegen, daß für den bestimmungsmäßigen Betrieb und den Störfall die radioaktive Belastung der Biosphäre unterhalb der gesetzlich festgelegten Grenzwerte bleibt."

Erstaunlich dabei ist, daß von dieser Tätigkeit (im obigen Fall für das Endlagerprojekt in Gorleben) weder das Institutsdirektorium etwas erfährt, noch eine Kontrolle oder gar eine Diskussion stattfindet. Im Gegenteil wird ein Teil des Instituts von den Unterlagen wie dem Schriftverkehr darüber regelrecht ausgesperrt.

So können seit Jahren ein Professor (Prof. Dr.-Ing. Franke) und sein wissenschaftlicher Mitarbeiter (Dipl.-Ing. Schwab) ungestört und unkontrolliert vor sich hin gutachtern.

Dies, obwohl es die Spatzen von den TH-Dächern pfeifen, daß die privaten Gutachten der beiden Herren inzwischen einen gewaltigen Umfang angenommen haben.

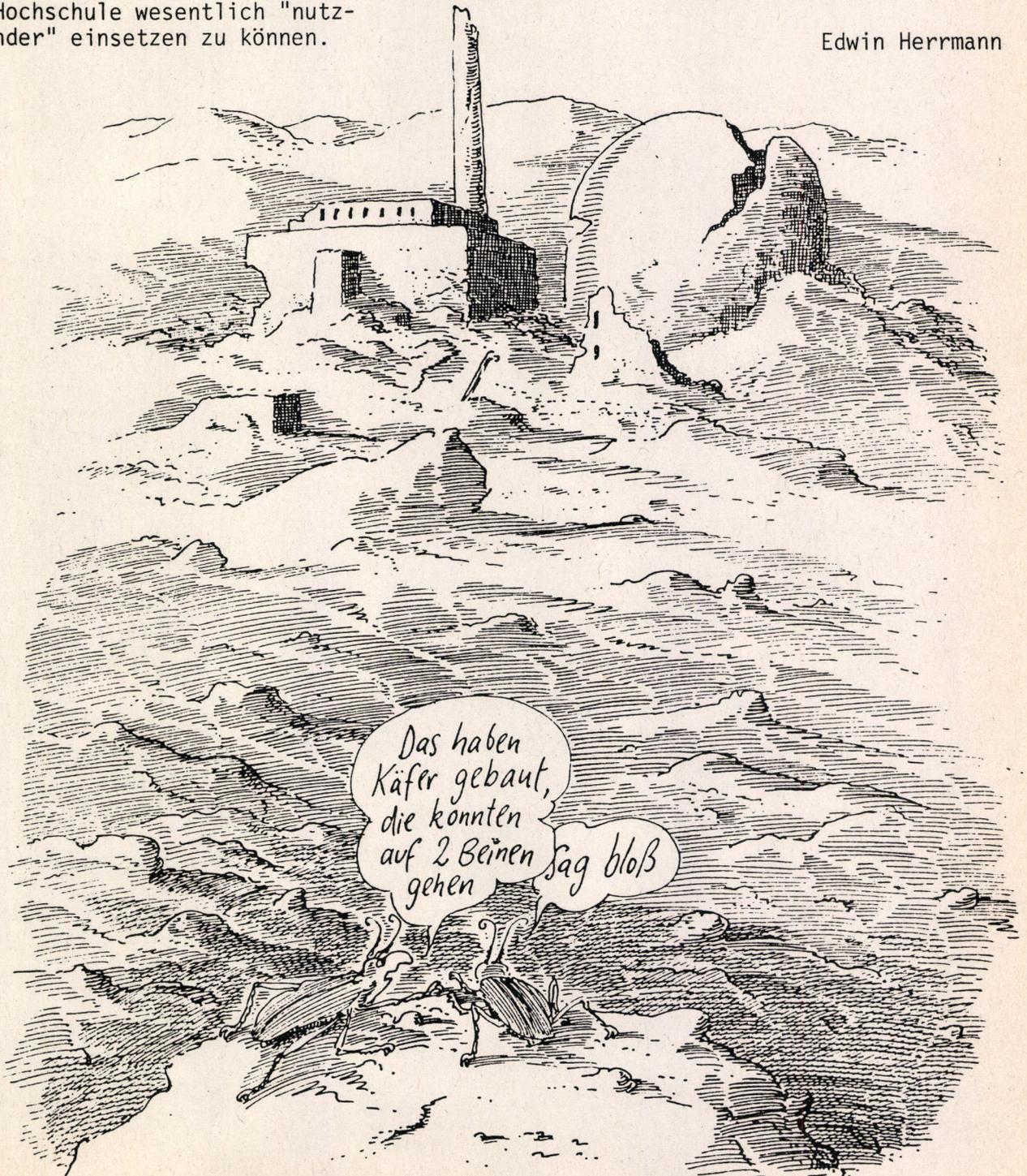
Die Salzgesteinsproben aus Gorleben und - so munkelt man im Fachbereich - auch Bodenproben aus Bayern werden in der TH-Versuchsanstalt auf ihre jeweilige Eignung analysiert. Die Interpretation dieser Analyse, das eigentliche Gutachten, erfolgt dann privat.

Diese Nebentätigkeit - für wissenschaftliche Mitarbeiter auf jeden Fall genehmigungsbedürftig (siehe hierzu die §§ 79 und 81 HBG) - scheint so lukrativ zu sein, daß Ingenieur Schwab ohne Genehmigung neben seiner Hochschultätigkeit ein eigenes Büro mit Geschäftsauto betreibt und in der Schrift "Wegweiser für Bauherren" für sich wirbt.

Das Büro wird von Kennern der Materie als Gutachtenfabrik beschrieben und soll schon einige Jahre produzieren. Was Wunder, wenn Studentinnen erzählen, daß sie Herrn Schwab kaum noch zu Gesicht bekommen; scheint dieser doch die ganze Infrastruktur einer Hochschule wesentlich "nutzbringender" einsetzen zu können.

Weder betreiben die beiden Herren Forschung und Lehre in diesem Bereich - Felsmechanik wird an der TH überhaupt nur durch einen auswärtigen Lehrbeauftragten angeboten - noch haben sie vor ihrer Tätigkeit in Darmstadt in diesem Bereich gearbeitet. Dies müßte auch den Auftraggebern bekannt sein - ein Umstand, der einem die Gänsehaut beschert, wenn man sich die Tragweite solcher Gutachten ausmalt.

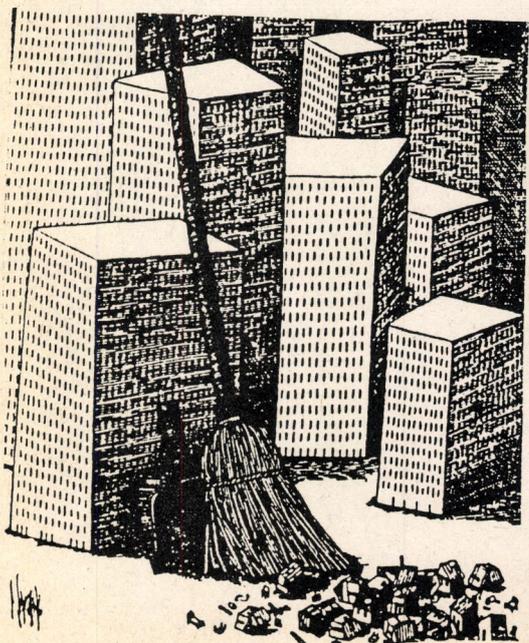
Edwin Herrmann



# Wohnungspolitik

Die Wohnungspolitik nimmt in der gegenwärtigen Diskussion einen hohen Stellenwert ein. Speziell auch im studenten-spezifischen Problembereich nimmt das Wohnungsnotproblem einen hohen Stellenwert ein. Durch veränderte Wohngewohnheiten, wie frühzeitige Haushaltsneugründung, Zunahme von Ein-Personenhaushalten und auch durch die Bevölkerungsentwicklung steigt der vorhandene Fehlbedarf massiv an. Zu dem gehen jährlich 100.000 - 200.000 Wohnungen durch Abriss oder Sanierung verloren. Das bestehende Wohnungsdefizit trifft vor allem die sozial schwachen (Studenten, Arbeitslose, Azubis), Großfamilien und Ausländer.

Gerade für diese Gruppen, die auf billigeren Wohnraum angewiesen sind, wird nicht für die notwendige Unterbringung gesorgt. So hat seit den 50er Jahren der soziale Wohnungsbau ständig an wohnungsbau-politischer Bedeutung verloren. Man hat sich darauf verlassen, daß durch den eigentumsbildenden Wohnungsbau finanzstärkere Bevölkerungsteile "ihr eigenes Haus" bauen und der so freiwerdende billige Wohnraum sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen zugänglich würden. Im Einkommen gestiegene Sozialwohnungsmieter aber immer noch in den Sozialwohnungen wohnen (Fehlbeleger), diejenigen, denen wirklich eine Sozialwohnung zustehen würde, keine Sozialwohnung bekommen können.



Diese Wohnungspolitik ist von Grund auf falsch, sie dient nicht der Deckung des Bedürfnisses nach lebenswerter Wohnung.

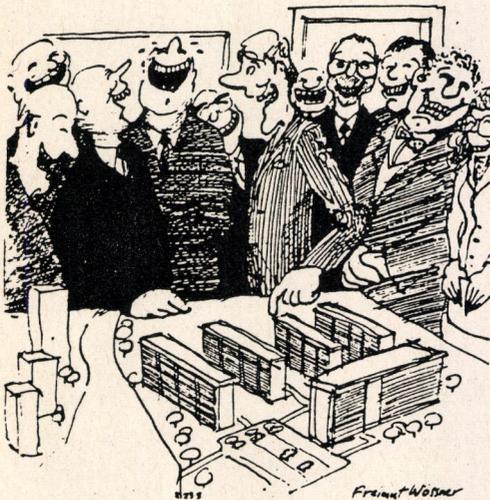
Wir sind der Meinung, daß Grundbedürfnisse wie Wohnen nicht dem freien Markt unterliegen dürfen, durch die Durchsetzung der folgenden Forderungen halten wir es für möglich, dem Grundbedürfnis Wohnen gerecht zu werden:

- Den Anteil f. öffentlichen Wohnungsbau von bisher 25 auf 75 % des gesamten Etats für Wohnungsbau fördernde Maßnahmen anzuheben.
- Die steuerlichen Subventionen sind gezielt den Einkommensschwachen zuzuführen. Die hohen Abschreibungsmöglichkeiten für sowieso Einkommensstarke sind abzuschaffen.
- Ergreifung bodenrechtlicher Maßnahmen, um die Bodenpreise zu reduzieren. Bei Enteignungsentschädigung muß darauf geachtet werden, daß nur der tatsächliche Bodenwert nicht aber der Spekulationsgewinn berechnet wird
- die Kommunen müssen dafür sorgen, daß durch eine leistungsfähige städtische Wohnraumvermittlung, die Existenz von Maklern keine gesellschaftliche Bedeutung hat.
- In Darmstadt muß das Wohnraumzweckentfremdungsgesetz wieder Gültigkeit bekommen.
- Die Kommunen geben den Mietern rechtliche und finanzielle Hilfestellungen, die sich durch die Selbstvornahme und Mieteinbehalt gegen die Verletzung der Instandhaltungspflichten der Hauseigentümer zur Wehr setzen.
- Die Kommunen müssen Verfügungs- und Belegungsrechte im örtlichen Bestand an billigem Wohnraum sichern und ausweiten. Um so eine bewohnerorientierte Instandhaltung und Modernisierung zu sichern, gegen die übliche Geschäftspolitik privater Immobiliengesellschaften und Spekulanten.

# Vom sozialen Wohnungsbau zum Subventionsdschungel

Die staatliche Wohnungsbaupolitik hat ihren Ursprung in der katastrophalen Wohnungssituation der Nachkriegszeit. Die schnelle Lösung der Nachkriegswohnungsnot machte umfassende staatliche Eingriffe notwendig, gerade aus der Einschätzung heraus, daß aufgrund anfangs niedriger Gewinnerwartungen der Wohnungsmarkt einen geringen Anreiz für Investitionen der freien Wirtschaft bot. Als Kernstück galt der soziale Wohnungsbau, d.h. der öffentlich geförderte Wohnungsbau, der in der Tat einen wesentlichen Anteil an der Bautätigkeit der Nachkriegszeit hatte.

„Heute Damen und Herren Stadträte, falls jemand von Ihnen hier einzeichnen will — noch können wir Reservierungswünsche berücksichtigen.“



Über 70 % der zu Anfang der 50er Jahre erstellten Neubauten wurden nach den Richtlinien des I. Wohnungsbaugesetzes von 1950 mit direkten zinslosen bzw. zinsgünstigen Darlehen gefördert. Diese Form der finanziellen Unterstützung war allerdings von der damaligen CDU/CSU-Regierung nur als Übergangslösung gedacht, da nach dem 2. Weltkrieg das über den Kreditmarkt zur Verfügung gestellte Kapital noch nicht ausreichte. Die eigentliche Absicht war, den Wohnungsmarkt im Rahmen des wirtschaftlichen Aufschwungs den allgemeinen wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten unterzuordnen, da im Endeffekt der steigende gesellschaftliche Reichtum und das Gesetz von Angebot und Nachfrage ausreichten, um den Bedarf an Wohnungen zu decken.

Mit dem II. Wohnungsbaugesetz im Jahre 1956 wurde ein entscheidender Schritt in diese Richtung unternommen. Neben der Darlehensförderung wurde nun ein schrittweise immer höherer Anteil an Sozialwohnungen durch sog. Aufwandssubventionen gefördert. Bei diesem System wird das zum Wohnungsbau benötigte Kapital nicht mehr direkt vergeben, sondern zu den auf dem Kapitalmarkt geltenden Konditionen aufgenommen. Die öffentliche Hand übernimmt dann die Subvention der zu zahlenden Zinsen durch Zuschüsse oder Darlehen, hat also keinen direkten Einfluß mehr auf die Preisentwicklung. Durch die Kostenexplosion, gerade auf dem Finanzierungssektor, stellten sich die Aufwandssubventionen in späteren Jahren als eine der Ursachen heraus, als eine der Krisen des sozialen Wohnungsbaus.

Mit dem 1950 verabschiedeten Gesetz über den "Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht" (Lücke-Plan) wurde die schrittweise Liberalisierung des Altbauwohnmarktes eingeleitet. Die damit verbundenen Mietpreiserhöhungen konnten durch die wirtschaftlichen Zuwachsraten und die gestiegenen Realeinkommen der Bevölkerung relativ problemlos verkräftet werden, das die Durchsetzung dieses Kurses erleichterte. Daß über die direkte Bewältigung der Folgen hinaus tieferliegende Sprengkräfte im Wohnungsmarkt ausgelöst wurden, war damals noch nicht zu übersehen, der rasch wachsende Anteil privaten Kapitals an der Finanzierung des Wohnungsbaus stellte schon damals die Weichen für die spätere Kostenexplosion. Eine weitere Lockerung des staatlichen Einflusses auf die Wohnungsbelegung stellte der steuerbegünstigte Wohnungsbau (z.B. nach § 7b EStG.) dar, der ab 1966 als 2. Förderungsweg in den sozialen Wohnungsbau aufgenommen wurde.

Diese Änderungen der Förderungsstruktur nach dem II. Wohnungsbaugesetz privilegierten zunehmend die Schaffung von Wohnungseigentum. Hierbei ist auch die Entwicklung des Bausparens interessant, die spiegelbildlich mit der Vergabe öffentlicher Darlehen verläuft.

Während das Bausparen - vor allem für die unteren Einkommensschichten oft die einzig Möglichkeit zur Erlangung von Wohnungseigentum darstellt, bevorzugt das System steuerlicher Vergünstigungen vor allem mittlere und hohe Einkommensschichten. Die degressive Abschreibung nach § 7b ist noch für alle Haushalte interessant, die sich den Bau eines Eigenheims leisten können, die Abschreibung als Investition nach § 7 (5) EStg. oder in ganz eklatanter Weise das sog. Bauherrenmodell zielen nur noch auf höhere Einkommensklassen oder Spitzenverdiener ab, bei denen sich diese Vergünstigungen aufgrund des hohen Steueraufkommens eine Rolle spielen.

Keines der Elemente der praktischen Wohnungsbaupolitik ist so stark ausgebaut worden wie die Eigentumsförderung. Gerade in der Zeit der sozial-liberalen Koalition wurde der gesellschaftliche Einfluß auf den Wohnungsmarkt weiter abgeschwächt, die Eigenheimförderung wurde unter den sozialdemokratischen Ressortministern mehr denn je bevorzugt. Um so mehr manifestierten sich die Schwächen und Versäumnisse der staatlichen Wohnungsbaupolitik. Die Vernachlässigung des Mietwohnungsbaus gegenüber dem Eigenheimbau und die Änderung des Förderungsstruktur haben für ein großes Defizit an Mietwohnungen in den Ballungszentren gesorgt. Durch die Verlagerung der Finanzierung auf den freien Kapitalmarkt sind die Preise

dermaßen gestiegen, daß das Wohngeid als sozialer Kitt für preiswerte Wohnungen in den letzten Jahren einen immer höheren Anteil an den Ausgaben im Rahmen der Wohnungsbaupolitik hatte und viele Bewohner aus den Städten in ländliche Gebiete ausweichen mußten und so lange Anfahrtswege zu ihren Arbeitsplätzen in Kauf nehmen müssen. Die ist auch eine umweltpolitisch nicht zu unterschätzende Tatsache.

Entgegen ihrem Anspruch hat die staatliche Wohnungspolitik das Attribut "sozial" nicht verdient. Einerseits wirkt die praktische Wohnungspolitik in ihrem wohnkostensenkenden Effekt auf die Wohnungsversorgung der Bevölkerung ein und das Ausmaß der dadurch erzielten Umverteilung ist in der Tat beachtlich, andererseits begünstigt sie in sehr hohem Maß den kapitalistischen Akkumulationsprozeß der verschiedenen Kapitalanlagensphären. In ihrem Effekt wirken diese Umverteilungsprozesse z.T. in einer auf soziale und wirtschaftliche Schichten beschränkten Umverteilung, also statusstabilisierend. Und, wie allein die große Bedeutung der Finanzierung am ganzen Wohnungsbaugeschäft zeigt, findet auch eine Umverteilung von niedrigen zu hohen Einkommens- und Statusschichten statt, die vertiefend auf die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede wirkt. Am allerwenigsten verlaufen diese Prozesse entgegengesetzt zur herrschenden Hierarchie, dem sozialen Ausgleich wird also ein geringer Stellenwert eingeräumt.



# ISDN — Risiken und Gefahren

Am 31. Mai 1988 veranstaltete der AStA eine Podiumsdiskussion zum Thema ISDN. Eingeladen waren folgende Referenten: **Prof. Dr. Kubicek**, **Prof. Dr. Podlech**, **Dr. Peters** von SEL und **Dipl.-Ing. Rosenbrock** vom FTZ Darmstadt. Jeder Referent hielt ein kurzes Einleitungsreferat. Herr Peters und Herr Rosenbrock skizzierten die technischen Leistungsmerkmale und boten einen Überblick über die Entwicklung und die Zukunftsperspektiven von ISDN aus der Sicht von Industrie und Post. Prof. Kubicek und Prof. Podlech zeigten sehr eindrucksvoll an einigen Beispielen auf, in welchen Bereichen die Einführung von ISDN Risiken mit sich bringt.

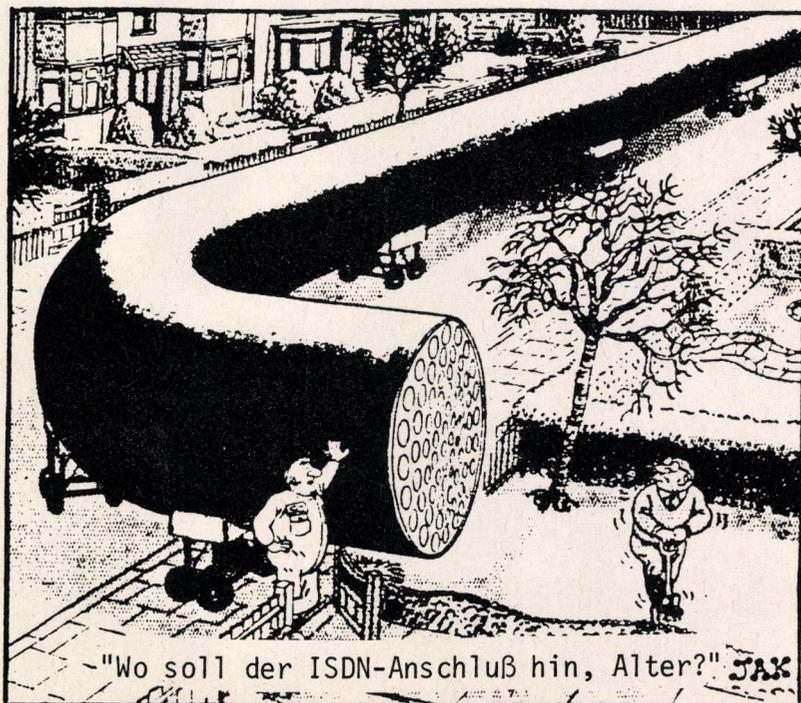
So bemängelte Prof. Kubicek: 1. daß die Anonymisierung in Frage gestellt ist, 2. die von Post und Industrie nicht bedachten Folgen, die durch die Einführung von ISDN entstehen - Rationalisierungseffekte -, 3. die nicht durchschaubare technische Komplexität, 4. die Verwundbarkeit von ISDN (z.B. Sabotage, technischer Ausfall), 5. den mangelnden Datenschutz, 6. daß ISDN ein Entdemokratisierungspotential enthält, 7. den fehlenden Bedarf, 8. die fehlende politische und soziale

Beherrschbarkeit, 9. die Privatisierung der Post.

Nach diesen kritischen Anmerkungen entwickelte sich eine angeregte Diskussion mit den über 100 anwesenden Zuhörern, u.a. der Präsident des FTZ. In der abwechslungsreichen Diskussion gab es zwei Schwerpunkte. Diese waren zum einen Fragen zum Datenschutz und zum anderen zur Verletzbarkeit von ISDN. In diesem Zusammenhang sagte Dr. Peters von SEL: "Wir leben doch noch in einem Land, in dem die Welt in Ordnung ist." Das darauf einsetzende Hohngelächter bezeichnete auch insgesamt die intellektuelle Qualität der Aussagen des SEL-Vertreters.

Nach insgesamt drei Stunden fand die Diskussion ein nicht erfreuliches Ende, da der Eindruck entstand, das sich alle Problem die durch die Einführung von ISDN auf uns zu kommen, sich durch Gesetze regeln lassen. Dem wurde aber von Prof. Kubicek in aller Deutlichkeit widersprochen. Abschließend kann gesagt werden, das diese Podiumsdiskussion vom AStA, die unter Leitung von G. Häfner stand, ein voller Erfolg war.

Peter Klemz



# Veranstaltungsreihe der Fachschaft Chemie

## Vortragsreihe Umweltforschung

Zwischen dem 8. Juni und dem 13. Juli finden insgesamt vier Vorträge zu Aspekten der Umweltforschung statt. In dieser Vortragsreihe sollen in allgemeinverständlicher Form Forschungsthemen auf dem Gebiet der Umwelt dargelegt werden. Die Veranstaltungen finden jeweils

Mittwochs, 18.15 in Raum 47/053 (Audimax-Gebäude) statt.

Veranstalter der Vortragsreihe ist die Fachschaft Chemie.

Es werden sprechen:

8. Juni: Prof. Dr. E. U. v. Weizsäcker  
Direktor des Europäischen Umweltinstitutes  
"Umwelt und Politik"
29. Juni: Prof. Dr. Hohenberg  
Fachbereich Maschinenbau  
"Möglichkeiten zur Abgasreinigung an PKWs"
6. Juli: Prof. Dr. Bachmann  
Institut für Kernchemie  
"Probleme der Atmosphärenforschung"
13. Juli: Prof. Dr. Wendt  
Institut für Chemische Technologie  
"Chemische Verfahrenstechnik und Energiewandlung -  
Fossile, nukleare und solare Energietechniken"